

Oswald Schneider:

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen West- und Osteuropa

Entwicklungen und Strukturveränderungen nach dem
Zweiten Weltkrieg

I.

Europa — der geographische Erdteil Europa — ist weder politisch, noch wirtschaftlich, noch kulturell eine Einheit. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens stellt Europa eine Vielheit von Gegensätzlichkeiten dar. Nach den Merkmalen ihrer Besonderheiten haben die Wissenschaften, jede auf ihrem Gebiete, Europa in Teilgebiete gegliedert. Die Wirtschaftswissenschaften haben die Gliederung Europas in Industrieuropa im Westen und Agrareuropa im Osten eingeführt. In dem sehr bekannt gewordenen Buch der dreißiger Jahre, das die wirtschaftlichen Gegensätzlichkeiten zwischen Agrar- und Industrieuropa behandelt und das „*Les deux Europes*“, „*Europe industrielle et Europe agricole*“, betitelt ist, bemüht sich der Verfasser Francis Delaisi, ein bekannter Techniker, mit einer „*puissance de vision infinie*“ ausgestattet, den ganzen europäischen Kontinent mit einem Blick zu überschauen. Auch er sieht nur die Vielheit der Gegensätzlichkeiten; auch für ihn ist die Einheit Europas keine Wirklichkeit, sondern nur ein zu Erstrebendes: „*Le salut de l'Européen est dans le retour à l'Europe*“.¹

Industrieuropa und Agrareuropa sind in ihrer Wirtschaftsstruktur grundverschieden. Industrieuropa ist „eine Zone industrieller Verdichtung, die um eine zentraleuropäische Mitte herumliegt“,² mit einer räumlich und sachlich gegliederten Organisation, die in allen ihren Teilen darauf abgestellt ist, die Güterproduktion mittelst der Anwendung modernster technischer Herstellungsmethoden zu steigern und zu verbilligen, sowie mit dem Erlös aus dem Export der den Inlandsbedarf übersteigenden Produktionsüberschüsse die Einfuhr der ihr fehlenden Produktionsfaktoren und Nahrungsmittel zu bezahlen. In dieses Gebiet der wirtschaftlichen Verdichtung ragt die Verlängerung des ausgedehnten asiatisch-osteuropäischen Flachlandes hinein. Dieses Gebiet — Agrareuropa —, räumlich durch die Karpaten in zwei ihrer Wirtschaftsstruktur nach sehr unterschiedliche Teilgebiete getrennt, umfaßt durchweg Agrarländer, die ihren Bedarf an Erzeugnissen des Bodens und der Viehwirtschaft selbst decken, die aber auch, da sie nur dünn besiedelt sind und ihre Bevölkerung auf einem niedrigen Lebenshaltungsniveau lebt, zur Güterversorgung des Auslandes beitragen. Industrieuropa und Agrareuropa stehen sich also als zwei organische Wirklichkeiten

1) F. Delaisi, *Les deux Europes*. Paris 1929. S. 205.

2) A. Weber, Europa als Weltindustriezentrum, in: H. Heilmann, *Europäische Zollunion*. 1926. S. 128.

gegenüber. Jede von beiden weist in der Besonderheit ihrer Wirtschaftsstruktur ihr einheitliches Gepräge auf. Beide ergänzen außenwirtschaftlich einander.

Wo liegt die Grenze zwischen Industrieuropa und Agrareuropa? Die politische Grenze ist, wie Ratzel sagt, eine „Linie der Vereinbarung“, eine durch Staatsverträge festgelegte Scheidelinie. Die wirtschaftliche Grenze ist eine Raumform, in welcher die Strukturen grundverschiedener Wirtschaftsräume ineinander übergehen. Es sind Räume der politischen Gegensätze, aber des wirtschaftlichen Ausgleichs. Die Grenze zwischen Industrieuropa und Agrareuropa ist Deutschland, der Schnittpunkt aller politischen Gegensätze, die Ausgleichszone zwischen den verschiedenen Wirtschaftsstrukturen der beiden Europa. Deutschland weist auf Grund der hohen Stufe seiner produktionswirtschaftlichen Integration nach Westen eine fast unübersehbare wirtschaftliche Verflechtung mit Industrieuropa auf, nach Osten eine wirtschaftliche Ergänzungskraft von größter Intensität mit Agrareuropa. Aus diesen historisch gewordenen Bindungen Deutschlands an Industrie- und Agrareuropa ergibt sich, wie wir sehen werden, die Frage nach der Stellung Deutschlands in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden.

Bis weit in das 19. Jahrhundert hinein war die Wirtschaft Europas autark. Von wenigen hochwertigen Seltenheitsgütern abgesehen, genügten sich die Länder Europas in ihrer Güterversorgung selbst. Ihre agrarische und gewerbliche Güterproduktion hatte bereits eine so hohe Stufe der technischen Vervollkommenung erreicht, ihr Güteraustausch zwischen Stadt und Land hatte sich bereits so entwickelt, daß die Deckung des schon stark spezialisierten Güterbedarfs ihrer Bevölkerung durch die eigene Volkswirtschaft gewährleistet war. Ihr Außenhandel diente nur dem Export von Produktionsüberschüssen an Gütern, für deren Herstellung den Nachbarländern die natürlichen Bedingungen fehlten. Erst als die rasche Bevölkerungszunahme in Westeuropa zu einer Ausweitung der Herstellung gewerblicher Güter zwang, blieb in den Ländern, welche zur industriellen Massenherstellung dieser Güter übergingen, die Produktionskapazität der eigenen Landwirtschaft hinter dem Nahrungsmittelbedarf ihrer Bevölkerung zurück. Im dünner besiedelten Agrareuropa war es dagegen möglich, durch intensivere Bewirtschaftung der Böden Produktionsüberschüsse zu erzeugen und an die Länder des werdenden Industrieuropa zu liefern, solange ihre Bevölkerung die Preise zahlte, welche die Produktions- und Transportkosten deckten und eine Rente abwarfen. So entwickelte sich der Handel zwischen Agrar- und Industrieuropa erst in Agrarerzeugnissen, insbesondere in Getreide und Futtermitteln, später auch in agrarischen und mineralischen Rohstoffen gegen gewerbliche Güter, insbesondere industrielle Massengüter, zu Preisen, die für beide Teile eine Wohlstandssteigerung zur Folge hatten. „Es gibt kaum einen Kaufmann oder Nationalökonom“, schreibt Mihail Manoilescu, einer der besten Kenner der osteuropäischen Wirtschaft, „der

nicht überzeugt ist, daß die Agrarstaaten Osteuropas ihre Agrarprodukte nur dank ihrer tatsächlichen Überlegenheit in der Landwirtschaft ausführen, ebenso wie die Industriestaaten Westeuropas ihre Fertigwaren nur dank ihrer tatsächlichen technischen Überlegenheit auf industriellen Gebieten ausführen können. Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Ost und West scheint also auf der Grundlage von zwei komplementären absoluten und reziproken Überlegenheiten zu beruhen. Ein glückliches Zusammentreffen und eine schöne Harmonie, aus der sich die beiden Teile nur zufriedener und reicher emporheben können, bildet — dieser Auffassung nach — die allgemeine Wirtschaftsgestalt Europas.“³

In Wirklichkeit bestand diese harmonische Entwicklung nur solange, bis Europa aufhörte, in seiner Güterversorgung autark zu sein, bis die überseeischen Agrarländer — infolge der fortschreitenden technischen Vervollkommenung und Verbilligung des Seeverkehrs — ihre Produktionsüberschüsse auf den Märkten Westeuropas zu Preisen anboten, welche nicht einmal die Produktions- und Transportkosten der osteuropäischen Landwirtschaft deckten. Die Agrarländer Osteuropas, insbesondere Rußland, die Kornkammer Westeuropas, litten unter der Konkurrenz der Überseeländer zunächst weniger, weil sie über Bodenreichtum verfügten und dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag ausweichen, andererseits ihre steigenden Produktionsüberschüsse über die Schwarzmeerehäfen zu sinkenden Seefrachten auf den westeuropäischen Märkten absetzen konnten. Umso schwerer wirkte sich die Agrarkrise, die sich unter dem steigenden Druck der überseeischen Konkurrenz in Osteuropa entwickelte, auf die ostdeutsche Wirtschaft aus. Die überseeischen Agrarprodukte kamen so billig auf die west- und nordeuropäischen Märkte, daß im Preis keine Garantie für die aufgewendeten Produktionskosten mehr lag. Die Produktionsüberschüsse des deutschen Ostens konnten nicht mehr wie bisher nach England und Skandinavien exportiert werden; der deutsche Exporthandel verlor in den Ostseestädten, soweit es sich um die Ausfuhr einheimischen Getreides nach dem Ausland handelte, seine einstige Bedeutung.⁴ Auf den westeuropäischen Märkten bewirkten die ungünstigen Absatzbedingungen für Agrarprodukte einen so starken Preisdruck, daß die ostdeutsche Landwirtschaft für immer ihre Konkurrenzfähigkeit auf diesen Märkten zu verlieren drohte.

Die weitschauenden Nationalökonomien und Wirtschaftspolitiker der Zeit waren sich darin einig, daß die Krise, die über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Agrar- und Industrieuropa hereingebrochen war, nicht durch die Kornzölle gelöst werden konnte, welche Deutschland zum Schutz der ostdeutschen Getreidewirtschaft eingeführt hatte. Immer mehr setzte sich die

3) M. Manoilescu, Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa auf neuer Grundlage. In: Weltw. Arch. Bd 41 (1925), S. 155.

4) St. Jonas, Handelspolitische Interessen der deutschen Ostseestädte. 1902. S. 12.

Ansicht durch, daß Agrarzölle, wenn sie in einer Höhe erhoben wurden, die der Landwirtschaft des Ostens einen wirksamen Schutz gewährte, die Lebenshaltung der Industriearbeiter verteuerten und deshalb — da Lohnerhöhungen folgten — wie eine Art Prohibitivmaßregel gegen die Ausfuhr Industrieuropas auf die Märkte ganz Europas wirkten, die offen zu halten die wichtigste Aufgabe der europäischen Handelsvertragspolitik geworden war.

Die Frage der Handelsbeziehungen zwischen Industrie- und Agrareuropa wurde so nicht nur für die Agrarländer Osteuropas, sondern auch für die Industrieländer Westeuropas eine lebenswichtige. Die steigende Flut von Agrarprodukten, mit welcher die überseeischen Agrargebiete die westeuropäischen Industrieländer zu sinkenden Preisen überschwemmten, verdrängten die osteuropäischen Agrarländer aus dem Handel zwischen West- und Osteuropa. Eine solche Entwicklung war für die Industrieländer Westeuropas umso bedrohlicher, als gleichzeitig ihr Industrieexport nach Übersee sich rückläufig entwickelte. „Seit 25 Jahren“, erklärte damals Gustav Schmoller, „haben alle europäischen Staaten steigende Exportschwierigkeiten; der englische und französische Industriewarenexport ist seit langem im Stocken, auch der unsrige hat von 1884 bis 1895 nicht recht zugenommen. Wird das so fortgehen? Werden uns nicht die Vereinigten Staaten, Australien, Japan, Indien bald den Rang ablaufen?“⁵ Überall stieg die Sorge, daß der Anteil Industrieeuropas am Welthandel nicht mehr in dem Maße wie der Welthandel steigen würde. Wenn alsdann gleichzeitig auch der Industrieexport Westeuropas nach den osteuropäischen Agrarländern zurückging, war auch der wirtschaftliche Aufstieg der Industriestaaten Westeuropas in Gefahr.

So wurde Agrareuropa damals der Ansatzpunkt für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost- und Westeuropa. „Aber noch eine andere Möglichkeit gibt es“, schrieb Lujo Brentano schon im Jahre 1885 in Schmollers Jahrbuch, „die Erweiterung unseres Wirtschaftsgebietes vermittels einer Zollvereinigung mit anderen Ländern, die, auf verschiedenen Wirtschaftsstufen befindlich, von den Gefahren, die uns bedrohen, doch in gleichem Maße bedroht sind: mit anderen Worten, eine zollpolitische Einigung mit Österreich-Ungarn und den Osteuropastaaten. Ein solches Bündnis würde von den größten Vorteilen für alle Beteiligten begleitet sein.“⁶ Einige Jahre später erklärte der Reichskanzler Caprivi im Reichstag: „Wollen nun die europäischen Staaten ihre Weltstellung aufrecht erhalten, so werden sie nicht umhin können, soweit sie wenigstens ihren wirtschaftlichen und sonstigen Anlagen nach dazu geeignet sind, sich eng aneinander zu schließen.“ Auch Caprivi sah in der Handelsvertragspolitik den Weg, die wirtschaftliche

5) G. Schmoller, Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands. Schriften d. Ver. f. Sozialpolitik, 1900/01.

6) L. Brentano, Über eine zukünftige Handelspolitik des Deutschen Reichs. Schmollers Jb., 16. Jg., 1885, S. 21.

Spannung zwischen Agrareuropa und Industrieuropa zu überwinden. Er erläuterte diese Ansicht am Beispiel Deutschlands. „Indem die Verträge für Deutschland das Absatzgebiet zu einem wesentlichen Teil erhalten und nach gewissen Richtungen sogar erweitern werden, wird auch der deutschen Landwirtschaft der lohnende Vorteil ihrer Produkte gesichert, da dieselbe in der industriellen Bevölkerung ihre beste Abnehmerin besitzt und auf das Gedeihen derselben und die Erhaltung ihrer Kaufkraft angewiesen ist.“⁷

Durch die Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts inaugurierte europäische Handelsvertragspolitik, welcher, wie damals Werner Sombart schrieb, „der große einheitliche Zug wie die bahnbrechende schöpferische Kraft“ nicht fehlte⁸, schlossen sich die Länder des Dreibundes Deutschland, Italien und Österreich-Ungarn sowie die Schweiz und Belgien mit den Ländern Osteuropas Rußland, Serbien und Rumänien auf weite Sicht (12 Jahre) zu einem innereuropäischen Wirtschaftsgebiet von gewaltiger Ausdehnung zusammen, dem sich schließlich auch die westeuropäischen Industriestaaten mittelst der Meistbegünstigungsklausel handelspolitisch annähernten. So konnten die Agrarländer Osteuropas ihre Produktionsüberschüsse auf den Märkten Westeuropas zu höheren als Weltmarktpreisen absetzen und vermöge der dadurch gesteigerten Kaufkraft ihrer Bevölkerung Industrieerzeugnisse aus Westeuropa beziehen. Die steigenden Preise auf den Agrarmärkten Industrieuropas ermöglichten es der Landwirtschaft der Länder Osteuropas, trotz der überseeischen Konkurrenz zur intensiveren Bodenbewirtschaftung überzugehen. Langsam entwickelte sich eine intereuropäische Arbeitsteilung in der Agrarversorgung Industrieuropas, in der Versorgung Agrareuropas mit industriellen Erzeugnissen. Die internationalen Finanzbeziehungen, die sich zwischen den beteiligten Ländern entwickelten, liefen in Berlin für den Osten, in Wien und Budapest für den Südosten zusammen. Nach diesen Plätzen war der gesamte Handelsapparat ausgerichtet. Die Vorteile, welche der rasch fortschreitende Aufschwung des Handels zwischen Agrareuropa und Industrieuropa zur Folge hatte, waren für beide gegenseitige. Die Wirtschaft Agrareuropas erfuhr eine steigende Annäherung an das Wirtschaftsniveau Industrieuropas. Industrieuropa gewann mit zunehmender Ausdehnung und Intensität der Wirtschaftsbeziehungen in Osteuropa immer neue Absatzmärkte. „Das sollte Deutschland bedenken“, schrieb damals Werner Sombart, „in Europa gibt es für unsere Industrie nur eine Richtung, in der sie gehen muß, nach Osten“.⁹

Die politische Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg erfolgte ohne Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Interessen Osteuropas. Bei

7) Reichstagsrede vom 8. April 1891. Sten. Bericht d. 137. Sitzg. d. Reichstags, S. 3302.

8) W. Sombart, Die neuen Handelsverträge. Schmollers Jb., 16. Jg., 1892, S. 547.

9) ebenda S. 275.

allen Vorschlägen einer Neuordnung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen West- und Osteuropa, die heute der Geschichte eines Zeitabschnitts angehören, in welchem diese Neuordnung scheiterte, hatten ihre Urheber in Westeuropa politische Ziele im Auge, die mit den wirtschaftlichen Interessen der osteuropäischen Agrarländer nicht in Einklang standen. Sie liefen alle auf einen regionalen Zusammenschluß zwischen den Ländern Osteuropas zu wirtschaftlichen Interessengemeinschaften hinaus, die den westeuropäischen Großmächten den Einfluß auf die politische Entwicklung Osteuropas gewährleisten, Deutschland aber nach Möglichkeit aus dem Handel zwischen West- und Osteuropa ausschalten sollten. Diese Neuordnung in Osteuropa hatte die Zerreißung des bisherigen einheitlichen Großmarktes in eine Reihe von Teilmärkten zur Folge. Dadurch wurden die wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen West- und Osteuropa entwickelt hatten, von Grund aus geändert. Die Arbeitsteilung zwischen den Ländern des Westens und des Ostens wurde aufgehoben.

Diese Entwicklung hat aber auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Agrarländern Ost-Mitteuropas untereinander und zwischen ihnen und den Industrieländern Westeuropas tiefgehende Wirkungen ausgelöst. Die Agrarländer Ost-Mitteuropas strebten, nachdem sie sich ihre nationale Unabhängigkeit errungen hatten, nun auch nach ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Im Zuge dieser Autarkiebestrebungen nützten die neuentstandenen Staaten alle industriellen Produktionsmöglichkeiten ihres Landes aus, ohne Rücksicht auf die etwa gegebenen günstigeren natürlichen und ökonomischen Bedingungen in den Industrieländern. In den Zweigen, in denen ihre Betriebe teurer produzierten als die der Industrieländer, mußten sie, um Kapitalverluste zu vermeiden, die Schutzzölle, welche ihre Industrien schützten, emporreiben. Da auf den Europamärkten, namentlich seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, die Preise für die Agrarprodukte und Rohstoffe, welche die Länder Ost- und Südosteuropas dorthin ausführten, stärker stürzten als die Preise für die Erzeugnisse der westlichen Industrien, weitete sich die „Preisschere“ zuungunsten der Länder Agrareuropas immer mehr aus. Die Folge war, daß die Bevölkerung dieser Länder einen relativ größeren Teil ihres Einkommens für die einheimischen Industrieprodukte aufwendete, dadurch aber die Aufnahme von aus Westeuropa eingeführten Waren zurückging. Infolge dieser Veränderungen der Produktions- und Absatzbedingungen nahmen Produktions- und Absatzmengen aller Güter in den Ländern Agrareuropas ständig ab. Das Lebenshaltungsniveau sank beträchtlich.

Die politische Zerschlagung des europäischen Großmarktes, wie er sich in den beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg entwickelt hatte, in eine größere Anzahl von regionalen Agrarmärkten ohne entwickelten Gütertausch im Innern und mit den Nachbarländern war die Hauptursache der schweren Rückschläge, die der Handel zwischen West- und Osteuropa erfuhr und die er bis zum Zweiten Weltkrieg nicht über-

wunden hat. Hinzu kam der ständig sich vergrößernde Kostenunterschied zwischen der Produktion Agrareuropas und der Überseeländer, welcher die osteuropäischen Agrarländer zwang, immer extensiver zu wirtschaften, um ihre Produktionskosten den Weltmarktpreisen anzupassen, zu denen sie ihre Produktionsüberschüsse in Industrieuropa nur noch absetzen konnten. Die Westeuropaländer, namentlich Frankreich und England, gewährten ihnen mit Rücksicht auf ihre eigenen agrarischen Überseegebiete handelspolitische Vorteile überhaupt nicht. Die zentral- und nordeuropäischen Länder mußten im Interesse der Steigerung ihres Industrieexportes jede Verteuerung der Lebenshaltung ihrer Industriearbeiter vermeiden. Zu diesen Ländern gehörte auch Deutschland.

Die deutsche Wirtschaft war nach dem Ersten Weltkrieg noch stärker als vorher auf einen gegenseitigen Gütertausch mit allen Nachbarländern angewiesen. Diese mußten, wenn sie auch ihrerseits den nachbarlichen Außenhandel fördern wollten, alle Erleichterungen auf dem Gebiet der Handelspolitik gewähren, welche zur wirtschaftlichen Annäherung der beteiligten Länder beitrugen. Die Länder, die nach dem Ersten Weltkrieg jenseits der Ostgrenzen Deutschlands neu entstanden, waren wenig oder gar nicht geneigt, solche Erleichterungen von sich aus zu gewähren; im Gegenteil, sie erstrebten die wirtschaftliche Annäherung an die Länder Westeuropas, welche ihnen nur politische, aber keine handelspolitischen Vorteile bieten konnten. Nach Osten war überdies die produktionswirtschaftliche Integration Deutschlands erheblich geschwächt worden. Dem deutschen Osten waren im Friedensvertrag von Versailles — wie sich Bismarck einmal ausdrückte — „die Sehnen durchschnitten“ worden. Durch den „Polnischen Korridor“ waren Ost- und Westpreußen von der deutschen Volkswirtschaft getrennt, waren die direkten Verbindungen zwischen diesen Provinzen und Schlesien unterbrochen worden. Dadurch hatte der östlich der Elbe gelegene Flügel der deutschen Volkswirtschaft für die benachbarten Länder Agrareuropas erheblich an wirtschaftlicher Ergänzungskraft verloren. Deutschland hatte im Handel zwischen West- und Osteuropa die überragende handelspolitische Stellung eingebüßt, die es in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg besessen hatte.¹⁰ Die handelspolitischen Folgen dieser Entwicklung wirkten sich aber für Osteuropa noch nachteiliger aus als für den deutschen Osten, dessen produktionswirtschaftliche Integration auch beträchtlich geschwächt worden war. Die Landwirtschaft Agrareuropas verlor ihre vor dem Ersten Weltkrieg auf weite Sicht durch Handelsverträge gesicherten Absatzmärkte in Industrieuropa, auf denen sie 75 v. H. ihrer Aus-

10) Im Jahre 1938 betrug der Anteil Deutschlands am Außenhandel mit Polen in der Einfuhr und Ausfuhr je 26 v. H., mit der Tschechoslowakei in der Einfuhr 22 v. H., in der Ausfuhr 23 v. H. Er war nur höher am Außenhandel mit den Ländern Südosteuropas.

fuhr abgesetzt hatte. Das bedeutete aber, daß die Bevölkerung der osteuropäischen Agrarländer einem immer rascheren Absinken ihres Einkommens ausgesetzt war. Mit dem Rückgang ihrer Kaufkraft sank aber auch ihre Aufnahmefähigkeit für gewerbliche Erzeugnisse Industrieuropas beträchtlich.

Dieser ununterbrochene wirtschaftliche Abstieg Agrareuropas war schon in den Aufschwungsjahren von 1925 bis 1929 im scharfen Rückgang des Handels zwischen Ost- und Westeuropa selbst seinen Nominalwerten nach deutlich erkennbar.¹¹ Dieser Rückgang des Handels zwischen West- und Osteuropa nahm, als infolge des Ausbruchs der Weltwirtschaftskrise die Agrar- und Rohstoffpreise um 40 und mehr v. H. stürzten, ein beschleunigtes Ausmaß an.¹² Um ihre Zahlungsbilanz im Gleichgewicht zu halten, mußten die Länder Agrareuropas die Einfuhr hochwertiger Industrieprodukte aus dem Westen „drosseln“. Durch die fortschreitende Eigenerzeugung der heimischen Industrien erfuhr deshalb die industrieuropäische Fertigwarenausfuhr nach Osteuropa einen beträchtlichen Rückgang.

Im Jahre 1938 erreichte das Niveau sowohl des osteuropäischen Binnen-

11) Der Osten Agrareuropas exportierte nach Industrieuropa im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913 für 1673,7 Millionen Mark, im Durchschnitt der Jahre 1927 bis 1929 nur für 777,2 Millionen Reichsmark Agrarprodukte, der Südosten Agrareuropas damals für 1470,1 Millionen Mark, jetzt nur für 811,4 Millionen Reichsmark Agrarprodukte. Diesen Rückgang konnte die Steigerung der Rohstoffausfuhr des Ostens von 1566,6 Millionen Mark auf 1938,1 Millionen Reichsmark bzw. des Südostens von 437,2 Mark auf 700,0 Millionen Reichsmark nicht ausgleichen. Die Ausfuhr Industrieuropas von gewerblichen Fertigwaren nach dem Osten Agrareuropas stieg in dem gleichen Zeitraum von 997,6 Millionen Mark auf 1351,9 Millionen Reichsmark, nach dem Südosten von 1645,5 Millionen Mark auf 1748,0 Millionen Reichsmark. Ihrem Realwerte nach stellte diese Ausfuhrsteigerung einen erheblichen Rückgang dar. Der Anteil Agrareuropas an der gesamten Agrareinfuhr Industrieuropas betrug:

	1913		1929	
	der Menge nach	dem Werte nach	der Menge nach	dem Werte nach
bei Weizen	24,4%	26,9%	5,1%	4,7%
bei Gerste	27,7%	69,4%	34,2%	33,3%
bei Mais	20,8%	21,7%	6,2%	5,2%
bei Holz	56,0%	59,0%	62,1%	64,0%

12) In den Jahren 1930 bis 1938 sank der deutsche Außenhandel im Monatsdurchschnitt mit Rußland in der Einfuhr von 9,7 auf 4,8 Millionen \$, mit Polen in der Einfuhr von 4,9 auf 3,7 Millionen \$, in der Ausfuhr von 5,96 auf 4,5 Millionen \$, mit der Tschechoslowakei in der Einfuhr von 7,0 auf 4,3 Millionen \$, in der Ausfuhr von 9,95 auf 4,5 Millionen \$. Nur mit den Agrarländern Südosteuropas wies der deutsche Außenhandel in den Jahren 1934 bis 1938 eine Steigerung auf, weil die deutsche Regierung höhere als Weltmarktpreise sich kreditieren ließ.

handels wie des Ost-West-Handels einen Stand, der tief unter demjenigen von 1913 lag. Es betrug zu Preisen von 1938 in Millionen \$

der gesamte innereuropäische Handel	6.912 \$	100%
der westeuropäische Binnenhandel	4.995 \$	72%
der osteuropäische Binnenhandel	168 \$	3%
der Ost-West-Handel	1.751 \$	25%

Die Gesamteinfuhr Westeuropas erfolgte zu 51 v. H. aus Übersee, zu 35 v. H. aus Westeuropa und nur zu 14 v. H. aus Osteuropa. Umgekehrt ging die Gesamtausfuhr Westeuropas zu 40 v. H. nach Übersee, zu 44 v. H. in die Länder Westeuropas und nur zu 10 v. H. nach Osteuropa.

Wie die Regierungen und die Haute Finance die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Handels zwischen Agrar- und Industrieuropa einschätzten, zeigte ihre Abneigung gegen die Emission von Staatsanleihen oder Kapitalinvestitionen in den Ländern Ost- und Südosteuropas. Obwohl sich in den Aufschwungsjahren zahlreiche aussichtsreiche Möglichkeiten dazu boten, wagte sich die private Finanz an langfristige Kapitalinvestitionen nur heran, wenn die Regierungen der politisch interessierten Länder volle Ausfallsgarantien leisteten. Der Umfang dieser Kapitalinvestitionen in den Petroleumraffinerien Galiziens und Rumäniens, in den metallurgischen Rohstoffindustrien Jugoslawiens, Ungarns und Polens, in den elektrischen und chemischen Industrien der genannten Länder blieb außerordentlich gering, selbst wenn man die niedrige Entwicklungsstufe dieser industriellen Produktionszweige berücksichtigt. Auch die finanziellen Verpflichtungen, welche die Regierungen Westeuropas aus politischen Gründen eingingen, blieben weit hinter den Erwartungen der osteuropäischen Regierungen zurück. Frankreich, das am Osten politisch meistinteressierte Land, stellte z. B. den Ländern der Kleinen Entente, wenn sie zum Eintritt in die Donaukonföderation sich bereit erklärten, einen mittelfristigen Kredit von 168 Millionen frs. für industrielle Investition in Aussicht. Nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise wurden den Ländern Agrareuropas für wirtschaftliche Zwecke nur noch vereinzelt Kredite und Anleihen gewährt. Wenn man berücksichtigt, in welchem Maße in Agrareuropa der Kapitalbedarf die inländische Kapitalbildung überstieg, kann man ermessen, wie stark der Kapitalmangel die wirtschaftliche Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie in Osteuropa hemmte.

II.

Nach dem Zweiten Weltkrieg¹³ hatten Westeuropa und Osteuropa ein sehr verschiedenes Interesse an dem Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen

13) Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sind, wenn andere Quellen nicht angegeben sind, alle Zahlenangaben den Veröffentlichungen der Vereinten Nationen entnommen, die sich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung Europas befassen.

Beziehungen zueinander. Für die Länder Westeuropas ergab sich nach den ungeheuren Kapitalverlusten im Kriege die Notwendigkeit, alle wirtschaftlichen Hilfsquellen auszunutzen und produktiv zu verwenden, wenn sie ihr bisheriges Lebenshaltungsniveau aufrechterhalten wollten. Um die dazu erforderliche optimale Proportionalität der im Inlande vorhandenen Produktionsfaktoren auf weite Sicht sicherzustellen, mußten sie durch Einfuhr aus dem Ausland ihre inländischen Produktionskräfte ergänzen. Dabei hatten sie ein großes Interesse daran, ihre Zahlungsbilanz durch Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zu Osteuropa zu entlasten. Den gesamten Einfuhrbedarf an Waren — ohne die westeuropäische Binneneinfuhr —, den Westeuropa bis zum Ablauf des Marshallplanes (1951) benötigte, hat das Komitee für europäische Zusammenarbeit im Jahre 1947 auf insgesamt 14,3 Milliarden \$ geschätzt. Von diesem Einfuhrbedarf sollte aus dem östlichen Europa mindestens ein Drittel, also eine Einfuhr im Werte von 3 Milliarden \$ bezogen werden. Diese Erwartungen sind durch die tatsächliche Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost- und Westeuropa nicht annähernd erfüllt worden.

„Ein höchst augenfälliger Rückgang ist im Ost-West-Handel eingetreten“, schrieb die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in ihrem 20. Jahresbericht.¹⁴ Sie stellte fest, daß, in Millionen jeweils geltender \$ gerechnet, Westeuropas Einfuhr aus Osteuropa

von 1506 Mill. \$ i. J. 1938	bei einer Gesamteinfuhr v. 5 924 Mill. \$
auf 1346 Mill. \$ i. J. 1948	bei einer Gesamteinfuhr v. 15 424 Mill. \$
auf 1331 Mill. \$ i. J. 1949	bei einer Gesamteinfuhr v. 14 707 Mill. \$

und Westeuropas Ausfuhr nach Osteuropa

von 1127 Mill. \$ i. J. 1938	bei einer Gesamtausfuhr v. 3391 Mill. \$
auf 939 Mill. \$ i. J. 1948	bei einer Gesamtausfuhr v. 8239 Mill. \$
auf 1127 Mill. \$ i. J. 1949	bei einer Gesamtausfuhr v. 8985 Mill. \$

gesunken waren.

Die Warenpreise in Dollar waren 1948 mehr als doppelt so hoch wie vor dem Kriege und lagen 1949 etwa 90 v. H. über dem Vorkriegsstand. Danach waren etwa 40 v. H. des Handels zwischen Ost- und Westeuropa verlorengegangen. Der Anteil der Einfuhr Westeuropas aus Osteuropa an seiner Gesamteinfuhr sank von 25 v. H. im Jahre 1938 auf 9 v. H. in den Jahren 1948/49; der Anteil der Ausfuhr Westeuropas nach Osteuropa an seiner Gesamtausfuhr von 33 v. H. im Jahre 1938 auf 12 bzw. 13 v. H. in den Jahren 1948 und 1949.

Der entscheidende Grund für den Rückgang der Wirtschaftsbeziehungen zwischen West- und Osteuropa ist der Strukturwandel, der sich im Aufbau aller Volkswirtschaften Agrareuropas nach dem Zweiten Weltkrieg vollzieht.

14) S. 43.

Es sind drei strukturelle Veränderungen in der Wirtschaftsentwicklung der Länder Osteuropas, welche diesen höchst auffälligen Rückgang im Ost- und Westhandel verursacht haben:

1. Die Landwirtschaft der osteuropäischen Agrarländer, soweit sie die anbaufähigen Böden bewirtschaftet, hat im Kriege so starke Rückschläge erlitten, daß ihre Produktionserträge bis in die Gegenwart — Rußlands Landwirtschaft ausgenommen — noch nicht den Vorkriegsstand erreicht haben. Setzt man den Stand der landwirtschaftlichen Produktion 1934 bis 1938 gleich 100, so blieb diese nach dem Kriege in allen Agrarländern Ost-Mitteleuropas bis zum Erntejahr 1949/50 erheblich hinter dem Vorkriegsstand zurück. Sie betrug im Erntejahr 1946/47 in Bulgarien 72 v. H., in Ungarn 60 v. H., in Polen 62 v. H., in Rumänien 53 v. H., in Jugoslawien 57 v. H., in der Tschechoslowakei 84 v. H. der Produktion im letzten Friedensjahr 1938. Sie stieg bis zum Erntejahr 1949/50 in Bulgarien auf 87 v. H., in Ungarn auf 94 v. H., in Polen auf 71 v. H., in Rumänien auf 91 v. H., in Jugoslawien auf 96 v. H., sank in der Tschechoslowakei auf 81 v. H. Im gesamten Ost-Mitteleuropa betrugen in Mill. t:

die Brotgetreideernte		1950/51	also weniger
im Durchschnitt der Jahre 1934/38	26,3	24,1	2,2
die Futtermittelernte			
im Durchschnitt der Jahre 1934/38	26,0	21,0	5
die Kartoffelernte			
im Durchschnitt der Jahre 1934/38	67,4	54,8	12,6

Nur auf dem Gebiete der Viehwirtschaft hat die Landwirtschaft der osteuropäischen Agrarländer mit Ausnahme von Polen ihren Friedensstand nicht nur wieder erreicht, sondern teilweise sogar erheblich überschritten. Es betrugen in Millionen Stück:

	der Rindviehbestand		der Schweinebestand	
im Durchschnitt der Jahre	1934/1938	1950/1951	1934/1938	1950/1951
in der Tschechoslowakei	4,4	4,1 (— 0,3)	3,5	3,7 (+ 0,2)
in Ungarn	2,4	2,1 (— 0,3)	3,9	4,3 (+ 0,4)
in Polen	9,9	6,9 (— 3,0)	9,7	8,1 (— 1,6)
in Rumänien	3,5	4,9 (+ 1,4)	2,3	2,3 (+ 0,0)
in Jugoslawien	4,3	5,3 (+ 1,0)	3,5	4,7 (+ 1,2)

Diese Zahlen zeigen, daß in den meisten Agrarländern Ost-Mitteleuropas eine Umstellung der Produktion auf tierische Veredlungsproduktion in Gang gekommen ist. Da aber die Bevölkerung dieser Länder seit der Beendigung des Krieges rasch zunimmt, ist der Nahrungsmittelbedarf stärker gestiegen als die Produktion auf dem Gebiete der Fleisch- und Milcherzeugung. Außerdem sind die Sowjetische Zone, die Tschechoslowakei und teilweise auch Polen nach dem Zweiten Weltkriege Agrarzuschußgebiete geworden, welche die Produktionsüberschüsse der Agrargebiete Osteuropas zur Deckung des Nahrungsmittelbedarfs ihrer Bevölkerung dringend brauchen.

Allein die Fleischproduktion der Tschechoslowakei, die im letzten Friedensjahr 459 000 t betrug, war noch im Jahre 1950 um 153 000 t, also ein Drittel niedriger. So erklärt es sich, daß die Agrarländer Osteuropas nach Westeuropa Produkte ihrer Landwirtschaft nicht ausführen können, solange diese nicht den Stand ihrer Vorkriegserzeugung wieder erreicht haben. Außer in der Sowjetunion ist das bisher in keinem Lande der Fall.

Nur in der Sowjetunion hat die Agrarproduktion ihrem Bruttowert nach bereits im Jahre 1948 den Vorkriegsstand wieder erreicht und im Jahre 1949 überschritten. Die Getreideernte, die im Jahre 1948 116 Mill. t betrug, war um 5 v. H. höher als im letzten Friedensjahr 1940; sie stieg sogar im Erntejahr 1949 auf 124,5 Mill. t. Die Bewirtschaftung des Bodens ist in den Kolchos- und Sowchosbetrieben der sowjetischen Landwirtschaft durch die Einführung neuer technischer Methoden noch kapitalintensiver geworden als vor dem Kriege, aber ihre Produktionsüberschüsse sind doch bis jetzt hinter denen der Vorkriegsjahre zurückgeblieben, weil der Bedarf der eigenen Bevölkerung an Nahrungsmitteln erheblich zugenommen hat.

2. Die Industrialisierung der Agrarländer Ost-Mitteleuropas, die vor dem Zweiten Weltkrieg unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ins Stocken geriet, ist nach allen Angaben, die darüber vorliegen, nach dem Kriege nicht nur wieder in Gang gekommen, sondern hat einen erstaunlichen Aufschwung erfahren. Sie erstreckt sich auf alle Zweige der gewerblichen Wirtschaft; viele neue Industrien sind überall im Entstehen, welche in steigendem Umfange den Überschuß an Arbeitskräften auf dem Lande aufnehmen. Noch immer ist vielfach die Meinung verbreitet, bei den Agrarländern Osteuropas handele es sich, da ihre räumliche Bevölkerungsdichte je qkm niedrig ist — im Jahre 1947 in Jugoslawien 62, in Bulgarien 64, in Rumänien 67, in Polen 76, in Ungarn und in der Tschechoslowakei 99 je qkm —, um unterbevölkerte Länder. Nirgends in Europa ist der Durchschnittsertrag der Böden je ha im Verhältnis zur rasch zunehmenden Bevölkerung seit dem Ersten Weltkrieg so stark gesunken wie in den meisten Gebieten Agrareuropas. Diese Gebiete weisen deshalb einen hohen Überschuß an Arbeitskräften auf. Wenn es nicht gelingt, ihn in andere Zweige der Volkswirtschaft produktiv zu überführen, muß die wachsende Übervölkerung diese Gebiete früher oder später in eine schwere soziale Krise geraten lassen.

Der Wiederaufbau der industriellen Produktion nach dem Kriege hat sich in den einzelnen Ländern des Ostens sehr ungleichmäßig vollzogen. Die Angaben, welche die Veröffentlichungen der Vereinten Nationen darüber enthalten, zeigen, daß die Industrialisierung der osteuropäischen Agrarländer in den ersten Jahren nach dem Kriege langsamer in Fluß kam als in den Ländern Westeuropas, seit 1947 aber sich beinahe

überstürzt vollzog. Nur in der Sowjetzone Deutschlands setzte die Steigerung der industriellen Produktion erst 1949 ein. Zuerst hat die Tschechoslowakei in der Herstellung von Kapitalgütern, insbesondere von Verkehrsmitteln (Lokomotiven, Eisenbahnwaggons, Traktoren usw.), den Friedensstand überschritten. In steigendem Umfange produzieren die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn Konsumgüter, die sie gegen Rohstofflieferungen nach der Sowjetunion ausführen, in welcher die Konsumgüterproduktion bis 25 v. H. hinter dem Bedarf der Bevölkerung zurückbleibt. Der Anteil der Industrieproduktion der genannten Länder des Ostblocks an der Gesamtproduktion Europas betrug im Jahre 1950 15 v. H. Den größten Anteil daran hatten Polen (4,4 v. H.), die Tschechoslowakei (3,8 v. H.), Jugoslawien (3,6 v. H.) und die deutsche Sowjetzone. In dieser und in der Tschechoslowakei überwiegt in der Gegenwart die Produktion der Kapitalgüter, in Polen diejenige der Konsumgüter, die zu einem großen Teil nach der Sowjetunion ausgeführt werden.

Im Zuge der Industrialisierung werden die Länder des Ostblocks mehr und mehr zu einer Produktionsgemeinschaft zusammengeschweißt, deren produktionswirtschaftliche Integration immer intensiver wird. Polen ist der größte Produzent von Kohle und eisenhaltigen Metallen, Jugoslawien der stärkste Produzent von Buntmetallen. Die Sowjetzone, die Tschechoslowakei und auch Ungarn verarbeiten diese Rohstoffe in ihren Schwerindustrien. Diese Industrien in den genannten Ländern stellen Maschinen, Werkzeuge, Teile für Rüstungsgüter, Traktoren usw. her, die sie nach der Sowjetunion exportieren. Ihre Produktionskapazität auf diesem Gebiet ist heute weit größer als vor dem Zweiten Weltkrieg; ihre Produktion reicht aber zur Erfüllung der von der Sowjetunion vorgeschriebenen Planziffern vielfach nicht aus. Die Folge ist, daß die Produktion der Konsumgüter überall hinter dem Bedarf der Bevölkerung zurückbleibt. In welchem Maße die Länder des Ostblocks sich anstrengen, das Tempo und die Intensität der industriellen Expansion zu steigern, beweist die Entwicklung der Produktion, des Volkseinkommens und der Investitionen in den verstaatlichten Betrieben. Von 1949 bis 1950 nahmen in Polen die landwirtschaftliche Produktion um 13 v. H., die industrielle Produktion um 31 v. H., das Volkseinkommen um 21 v. H., die Kapitalinvestitionen um 53 v. H. zu, nahmen in Ungarn die landwirtschaftliche Produktion um 4 bis 5 v. H., die industrielle Produktion um 35 v. H., das Volkseinkommen um 26 v. H., die Kapitalinvestitionen um 67 v. H. zu, nahmen schließlich in der Tschechoslowakei die landwirtschaftliche Produktion um $5\frac{1}{2}$ v. H., die industrielle Produktion um 15 v. H., die Kapitalinvestition um 71 v. H. zu.¹⁵ Wenn diese Entwicklung in der bisherigen Schnelligkeit sich bis 1960 fortsetzt — schreibt die Abteilung für volkswirtschaftliche Fragen der Vereinten Nationen —, dann werden $1\frac{1}{2}$ bis

15) 21. Jahresbericht der Bank für internationalen Zahlungsverkehr, S. 26.

2 Millionen Industriearbeiter in der Industrie Osteuropas ihre Arbeitsplätze erhalten. Einer so schnellen und starken Steigerung der industriellen Produktion konnte die Rohstoffproduktion in den Ländern des Ostblocks nicht folgen. So wird es ohne weiteres verständlich, daß die Rohstoffausfuhr der Agrarländer Osteuropas nach Westeuropa vorläufig ausfällt.

Eine der Schwierigkeiten, die der Industrialisierung der Agrarländer Ost-Mitteuropas vor dem Kriege im Wege standen, vielleicht die größte, war die Kapitalbeschaffung. Diese war bei dem niedrigen Stande der Kapitalbildung in allen Agrarländern Osteuropas nur aus den Industrieländern Westeuropas möglich. Da sich den Ländern des Ostblocks nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Kapitalbeschaffung in Westeuropa keine Möglichkeit bot, sind sie dazu übergegangen, die Industrialisierung nach dem Muster der Sowjetplanung zu organisieren, d. h. die Industriebetriebe zu vergesellschaften und durch Akkumulation der Gewinne einen zunehmenden Teil des Volkseinkommens auf Kosten des Gegenwartskonsums in Besitz zu nehmen. Auf diese Weise haben auch die Staaten des Ostblocks die für die Industrialisierung erforderlichen Kapitalien bereitgestellt. Schon dieselbe Art der Industrialisierung wie in der Sowjetunion beweist den politischen Zusammenhang, in welchem die wirtschaftspolitischen Maßnahmen aller beteiligten Ostländer zueinander und zur Sowjetunion stehen.

3. Je intensiver sich die produktionswirtschaftliche Integration der Osteuropaländer gestaltet, desto rascher nehmen ihre interregionalen Handelsbeziehungen untereinander zu. Der Handel zwischen ihnen, der in Millionen Dollar in 1938er fob-Preisen vor dem Kriege 168 Millionen Dollar betrug, stieg, auf diese Preise umgerechnet, 1947 auf 259 Millionen Dollar, 1948 auf 483 Millionen Dollar, bis 1950 fast auf das Fünffache und erreichte damit die Höhe von 50 v. H. des gesamten Außenhandels der Osteuropaländer gegenüber 15 bis 20 v. H. in den Vorkriegsjahren 1936 bis 1938. Diese Steigerung des interregionalen Handels ist vor allem auf die Steigerung des Anteils der Sowjetunion an demselben zurückzuführen. Ihr Anteil am interregionalen Handel der Ostblockländer ist in laufenden fob-Preisen von 7 Millionen Dollar im Jahre 1938 auf 192 Millionen Dollar im Jahre 1947, d. h. das Fünfundzwanzigfache, auf 255 Millionen Dollar im Jahre 1948, d. h. das Achtunddreißigfache, und auf 350 Millionen Dollar im Jahre 1950, d. h. das Fünfzigfache, gestiegen. Die sowjetische Einfuhr aus den Oststaaten ist viel schneller gewachsen als die sowjetische Ausfuhr in diese Staaten. Die Sowjetunion verlangt hohe Preise für die Waren, die sie an die Oststaaten verkauft, und zahlt niedrige Preise für die Waren, die sie aus den Oststaaten bezieht.

Die Sowjetunion liefert vorwiegend Rohstoffe zur Weiterverarbeitung und Produktionsmittel, die Länder des Ostblocks liefern dafür in steigendem Umfang Konsumgüter zur Deckung des ungedeckten Bedarfs der sowjetischen Bevölkerung. Das zentralgesteuerte System wirtschaftlicher

Austauschbeziehungen zwischen der Sowjetunion und den Ländern des Ostblocks ist vor allem durch die Methode des Comecon, des Rates der gegenseitigen Wirtschaftshilfe entwickelt worden. Bei ihr handelt es sich um eine durch Verwaltungsentscheidungen planmäßig herbeigeführte Ordnung multilateraler Wirtschaftsbeziehungen, die den Warenaustausch nach Sorten, Mengen und Preisen regelt. In Verbindung damit erfolgt eine zentrale Kreditlenkung und einheitliche Investitionsplanung, gegebenenfalls unter Einsatz interregionaler Anleihen und langfristiger Kreditgewährungen. Auf der Grundlage dieser Regelungen erfolgt die Produktionsplanung in den Ländern des Ostblocks.

Aber auch die interregionalen Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des Ostblocks nehmen ohne Unterbrechung zu. Ihre Steigerung von 1949 bis 1950 betrug 25 v. H. Am stärksten entwickelte sich der interregionale Handel zwischen der Sowjetzone, Polen und der Tschechoslowakei. Polen versorgt die beiden anderen Industrieländer in steigendem Umfange mit seinen landwirtschaftlichen Produktionsüberschüssen; seine Landwirtschaft hat trotz der Rückgänge ihrer Produktionsmengen eine Produktionskapazität, die den Inlandsbedarf weit übersteigt. So ist also im Ostblock ein Wirtschaftsgebiet von steigender produktionswirtschaftlicher Integration entstanden, in welchem die Sowjetunion den bestimmenden Einfluß auf die Handelspolitik hat.

Es liegt der Gedanke nahe, daß das einheitliche Wirtschaftsgebiet der Ostblockländer einmal in die Sowjetwirtschaft eingegliedert wird. Dazu bestehen aber zwischen beiden zu große Unterschiede in der Entwicklungsstufe der industriellen Produktionstechnik. Außerdem hat sich das Gravitationszentrum der sowjetischen Wirtschaft, insbesondere der Industrie, aus einer Reihe von Gründen immer mehr aus den westlichen Regionen Rußlands nach den Gebieten östlich des Ural und nach Mittelasien verlagert. Die Produktion der wenigen sowjetischen Grundindustrien verteilt sich gegenüber der Vorkriegszeit zwischen den beiden Regionen wie folgt:

		1950		1937	
Kohle:	Westregion	137	Mill. t gegen	94	Mill. t
	Ostregion	123	Mill. t gegen	34	Mill. t
Oel:	Westregion	21,3	Mill. t gegen	27	Mill. t
	Ostregion	16,7	Mill. t gegen	2	Mill. t
Roheisen:	Westregion	10,9	Mill. t gegen	10,6	Mill. t
	Ostregion	8,5	Mill. t gegen	4,4	Mill. t
Stahl:	Westregion	14	Mill. t gegen	12,1	Mill. t
	Ostregion	13,3	Mill. t gegen	6,2	Mill. t

Ein so großes politisches Interesse die Sowjetunion an einer engen Verbindung mit den osteuropäischen Staaten hat, so wenig scheint sie auf eine produktionswirtschaftliche Integration mit ihnen hinzustreben; sie zieht den bilateralen Güteraustausch mit jedem der acht Ostblockländer vor. Sie

will aus jedem der acht Länder die Gütermengen einführen, die sie zur Ergänzung braucht, um die Produktionskapazität ihrer Volkswirtschaft optimal zu entfalten. Das in Ost-Mitteuropa neu sich bildende Wirtschaftsgebiet ist an räumlicher Ausdehnung zu klein, an technischer Produktionskapazität noch zu wenig entwickelt, an Rohstoffbezugsquellen zu arm und in seinen Möglichkeiten des interregionalen und internationalen Güteraustauschs zu isoliert, nach Westen durch den Eisernen Vorhang, nach Osten durch die gewaltigen räumlichen Weiten. Diese wirtschaftliche Isolierung der Ostblockländer muß sich auf die Dauer für diese nachteilig auswirken, denn schließlich kann die Industrialisierung der Osteuropaländer nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn eine ausreichende Versorgung mit Rohstoffen und Kapitalgütern sichergestellt ist. Diese Gewähr zu geben, ist die Sowjetunion noch lange nicht imstande.

Wie haben sich nun die Strukturveränderungen im osteuropäischen Wirtschaftsraum auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen West- und Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg ausgewirkt? Welche Veränderungen haben diese erfahren? Während in Westeuropa in den Jahren nach dem Kriege im Marshallplan ein großzügiges Wiederaufbauprogramm entwickelt worden ist, hat die politische Spannung zwischen West und Ost die Bemühungen der beteiligten Staaten, auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen West- und Osteuropa wieder in Gang zu bringen, nicht zur Entwicklung kommen lassen. Im Jahre 1948 lagen die Warenbewegungen von Osten nach Westen noch um 59 v. H., von Westen nach Osten noch um 53 v. H. unter dem Stand von 1938. Der Anteil des Ost-West-Handels in beiden Richtungen am gesamten innereuropäischen Handel zu Preisen fob 1948 betrug 15 v. H. gegen 25 v. H. im Jahre 1938. Seiner warenmäßigen Zusammensetzung nach war der Ost-West-Handel in Nahrungsmitteln im Jahre 1948 zu fob-Preisen umgerechnet um 82 v. H. niedriger als 1938 (1938: 1685 Mill. \$, 1948: 307 Mill. \$), in Rohstoffen um 13 v. H. höher als 1938 (231 : 261), in Halbzeug und Fabrikaten um 61 v. H. niedriger (1839 : 723) — der West-Ost-Handel in Rohstoffen um 60 v. H. niedriger (50 : 17), in Fabrikaten um 63 v. H. niedriger (1790 : 665).

Der Rückgang der Güterbewegungen von Westen nach Osten war wesentlich stärker als der Rückgang in der umgekehrten Richtung. Der Exportüberschuß der osteuropäischen Länder erreichte im Jahre 1948 die Höhe von 350 Mill. \$. Er wurde von den Ostländern zur Bezahlung der Einfuhr von Wolle, Textilien, Gummi und anderen Rohstoffen aus den Überseeländern verwendet. Auch in den Jahren 1949 und 1950 hielt der weitere Rückgang des Ost-West-Europahandels in beiden Richtungen an. Die Einfuhr Westeuropas aus den Agrarländern Osteuropas ging um weitere 3 v. H., die Ausfuhr der westeuropäischen Industrieländer nach Osteuropa um weitere 13 v. H. zurück. Das Gesamtbild dieser Entwicklung ist das folgende:

Es betrug in Millionen \$ (zu vergleichbaren Dollarpreisen 1948 umgerechnet)¹⁶

	die Einfuhr der Länder			die Ausfuhr der Länder		
	Westeuropas aus Osteuropa			Westeuropas nach Osteuropa		
	(1938 = 100; % = Anteil a. d. westeurop. Gesamtein- bzw. -ausfuhr)					
1938	3 170	100	9 %	1 137	100	6 %
1948	980	31	4 %	670	59	4 %
1949	930	29	4 %	820	72	5 %
1950	899	28	3 %	712	63	3 %

Aber nicht nur aus den bekannten politischen Gründen kommt der Ost-West-Europahandel in beiden Richtungen immer mehr zum Erliegen. Diese Entwicklung hat für die Länder des Ostblocks und die Sowjetzone eine steigende Bedeutung. Immer deutlicher erkennbar wird es, daß die wirtschaftlichen Kräfte dieses Gebietes nicht mehr ausreichen, die von der sowjetischen Besatzungsbehörde befohlenen Wirtschaftspläne zu erfüllen, daß diese Wirtschaftspläne überhaupt nicht durchgeführt werden können, wenn es nicht gelingt, die fehlenden Produktionsfaktoren mittelst des West-Ost-Handels — offen oder schwarz — einzuführen. Wenn darüber noch irgendwo ein Zweifel bestand, hat ihn der Verlauf der Moskauer Wirtschaftskonferenz im April dieses Jahres beseitigt.

Aber es sind nicht nur politische Ursachen, welche eine Entwicklung des Handels zwischen West- und Osteuropa aufhalten. Das Zurückbleiben der Produktion in der Landwirtschaft hinter dem Vorkriegsstand, der rasch steigende Bedarf an Rohstoffen in den inländischen Industrien der osteuropäischen Agrarländer, der Kapitalmangel, die Kreditknappheit, das Fehlen konvertibler Zahlungsmittel, ohne die ein Warenaustausch zwischen Ost und West auf Kontingentsfestsetzungen beschränkt bleibt, erklären es, aus welchen Gründen die rückläufige Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost- und Westeuropa auch in den letzten Jahren andauerte. Solange diese wirtschaftlichen Ursachen bestehen bleiben, werden Versuche, diese rückläufige Entwicklung des Handels zwischen West- und Osteuropa in eine Aufwärtsbewegung desselben umzuwandeln, keine Aussicht auf Erfolg haben. Auf weite Sicht sind aber die Voraussetzungen dafür vorhanden. Deshalb sind auch alle westeuropäischen Industrieländer, voran Großbritannien, an der baldigen Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit den Ländern Osteuropas interessiert, vor allem auch deshalb, weil sie das Dollardefizit in ihrer Zahlungsbilanz herabdrücken wollen. So sind die Getreideausfuhr der Sowjetunion in den letzten Jahren nach Großbritannien von 155 000 t auf 415 000 t, die Maisausfuhr der Sowjetunion von 52 000 t auf 271 000 t gestiegen. Die Holzausfuhr der Sowjetunion in Höhe von 1,4 Mill. cbm ist zu drei Vierteln nach Groß-

16) Der 22. Jahresber. d. B. I. Z. weist darauf hin, daß 1951 anscheinend der Handel der Sowjetzone mit Osteuropa, wie auch der Handel der SU mit diesen Ländern erheblich zugenommen hat.

britannien abgesetzt worden. Umgekehrt ist der Export der westeuropäischen Industrieländer an Maschinen und sonstigen Produktionsmitteln in gleicher Höhe in Fluß geblieben, wenn er auch noch nicht die Höhe von 1938 wieder erreicht hat.

Von einem einheitlichen Strukturgefüge der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen West- und Osteuropa kann man freilich noch nicht sprechen. Vorläufig lassen sich nur gewisse Tendenzen in den Veränderungen der Faktoren feststellen, welche dieses Strukturgefüge bestimmen. In der warenmäßigen Zusammensetzung des Ost-West-Handels dürfte in der Zukunft kaum eine wesentliche Änderung eintreten. Sie ist durch die Strukturveränderungen in den Wirtschaftsbeziehungen unter den Ländern des Ostblocks bestimmt. Diese werden, wenn einmal der Eiserne Vorhang fällt, bei ihrer starken wirtschaftlichen Ergänzungsbedürftigkeit von den westeuropäischen Ländern abhängig werden.

Die Agrarausfuhr der Osteuropaländer hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg wie folgt entwickelt:

	Brotgetreide			Futtermittel			zusammen		
die Ausfuhr in	1934/36	1949	1950	1934/36	1949	1950	1934/36	1949	1950
Mill. t aus UdSSR	0.8	0.6	0.3	0.5	0.3	0.8	1.3	0.9	1.1
aus den andern									
Ländern Osteuropas	1.6	0.7	0.3	1.5	0.7	0.3	3.1	1.4	0.6
zusammen	2.4	1.3	0.6	2.0	1.0	1.1	4.4	2.3	2.7
Anteil an der Gesamt-									
ausfuhr Europas	20%	9%	6%	18%	14%	16%	19%	10%	10%

Die Gesamtentwicklung des Handels zwischen Ost- und Westeuropa veranschaulicht die folgende Übersicht:

Die Länder Westeuropas exportierten nach Osteuropa in Mill. \$:

	1938	1948	1949	1950
Rohstoffe	202	197	157	108
Metalle und Metallwaren	234	74	109	106
Maschinen	200	135	205	255
Transportmittel	82	65	76	61
Chemische Erzeugnisse	89	42	63	44
Textilien und andere Konsumgüter	218	59	91	70
Sonstige Güter	112	98	121	68
	1.137	670	822	712 ¹⁷

17) Nach dem Bericht der Mutual Security Agency an den Kongreß ist die Ausfuhr der OEEC-Länder nach dem Sowjetblock 1951 auf 804 Mill. \$ (gegen 1950 um 13 v. H.) gestiegen. Davon entfielen in Mill. \$ auf: Schweden 126, Großbritannien 121, Westdeutschland 103, Schweiz 81, Italien 67, Belgien 65, Österreich 60, Frankreich 41, Niederlande 40, Dänemark 39, Norwegen 29, Türkei 24, übrige Länder 8.

Die Länder Osteuropas exportierten nach Westeuropa:

	1938	1948	1949	1950
Kohle in Mill. t	11.8	13.2	13.6	11.2
Holz in Mill. cbm	6.1	0.7	1.2	1.3
Stahl in Tausend t	214	188	189	67
Zucker in Tausend t	221	37	118	56
Fleisch in Tausend t	160	14	29	79
Eier in Tausend t	72	12	16	27
Tabak in Tausend t	26	3	4	2

Mengenmäßig werden aus den Agrarländern Osteuropas vorläufig kaum größere Produktionsüberschüsse der Landwirtschaft auf den westeuropäischen Märkten angeboten werden. Die Masse der Bauernwirtschaften beschränkt sich auf Eigenversorgung. Die Kollektivierung der bäuerlichen Betriebe schreitet viel langsamer fort als seinerzeit in der Sowjetunion, weil der Widerstand der Bauern gegen die Einführung noch hartnäckiger ist. Die rasch sich vollziehende Vergrößerung des Viehbestandes, der den Vorkriegsstand bereits überall überschritten hat, reicht vorläufig nicht einmal zur Deckung des interregionalen Nahrungsmittelbedarfs aus. Eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion im Wege der Umstellung der vorherrschenden Produktionsrichtung auf Veredlungswirtschaft, d. h. auf Herstellung von Fleisch- und Milcherzeugnissen, die auf westeuropäischen Märkten marktgängig sind, beansprucht eine lange Zeit zum Ausbau der erforderlichen technischen Einrichtungen und der Absatzorganisation. Außerdem setzt sie voraus, daß die Beschaffung des sehr hohen Kapitalbedarfs überhaupt möglich ist.

Die Ausfuhr von Rohstoffen und Grundstoffen nach Westeuropa wird zunächst, wenn die Industrialisierung der osteuropäischen Agrarländer gelingt, einen starken Rückgang erfahren, weil die Produktionskapazität ihrer Rohstoffindustrien kaum ausreicht, den Inlandsbedarf zu decken. Da die Sowjetunion bei ihren Plänen im ostasiatischen Raum Rohstoffe und Produktionsmittel nur in beschränktem Umfange zur Verfügung stellt, dürfte wie früher in den Ostblockländern die Tendenz bestehen, die Einfuhr von Rohstoffen und Produktionsmitteln aus den westeuropäischen Industrieländern in dem Umfang wieder aufzunehmen, als es die Importfinanzierung gestattet. Erst wenn einmal die Produktionskapazität der osteuropäischen Rohstoffindustrien ausreichen wird, den Inlandsbedarf zu decken, wird sich im Ost-West-Handel die Tendenz, die Rohstoffausfuhr zu steigern, wieder verstärken.

Regional hat sich in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost- und Westeuropa eine wesentliche Veränderung vollzogen. Industriedeutschland ist aus ihnen vorläufig ausgeschieden. Die Sowjetunion ist an seine Stelle getreten. Sie bestimmt heute wirtschaftlich und vor allem auch politisch die Struktur des Ost-West-Handels. Durch den „Eisernen Vorhang“ ist die deutsche

Wirtschaft in einem bisher nicht für möglich gehaltenen Umfang in zwei Teile zerrissen worden. Durch diese Trennung hat Deutschland im Handel zwischen Westeuropa und Osteuropa seine handelspolitische Mittlerstellung verloren, welche es seit länger als einem halben Jahrhundert auf Grund seiner zentralen Lage in Europa und der engen regionalwirtschaftlichen Eingliederung seiner Volkswirtschaft erlangt hatte. Nur eine Volkswirtschaft auf so hoher Stufe produktionswirtschaftlicher Integration konnte durch Geben und Nehmen, durch Gütererzeugung und Güterverbrauch die gewaltigen Spannungen im Handel zwischen West- und Osteuropa ausgleichen. Wenn diese produktionswirtschaftliche Integration Deutschlands zerstört bleibt, wird die ostdeutsche Wirtschaft auf die wirtschaftliche Entwicklungsstufe der Länder des Ostens herabsinken. Kein anderes Land in Europa wird imstande sein, in die handelspolitische Stellung einzurücken, welche Deutschland in der Vergangenheit im Handel zwischen West- und Osteuropa innegehabt hat.

Kurt Stegmann von Pritzwald:

Das baltische Deutsch als Standessprache

Der Begriff „Standessprache“ besagt, daß hier versucht werden soll, die Geschichte und Leistung des baltischen Deutsch von der sprachsoziologischen Seite her zu überblicken.¹ Diese Betrachtungsweise legt der zu untersuchende Gegenstand nahe. Das baltische Deutschtum war wesentlich und bewußt eine Gemeinschaft von Gemeinschaften, gegliedert in Stände (Gilden, Adel, Literatentum). Der im Mittelalter sich ausbildende Ständestaat galt politisch bis etwa 1878 und gesellschaftlich bis 1918. Er hat den baltischen Sprachraum geformt, ja die Menschen dieses Raumes als Willensgemeinschaft auch mittelst der Sprache da hinein geformt. Andererseits entspricht die sprachsoziologische Fragestellung einer Forschungsrichtung, die neuerdings durch Walter Porzigs schönes Buch „Das Wunder der Sprache“ (München 1950) wieder in den Vordergrund gerückt ist. Porzigs für weitere Kreise bestimmte Übersicht bedeutet darüber hinaus einen Fortschritt. Es wird deutlicher, daß der Sprache als korrelates soziales Gebilde eigentlich nur die „Sprachgemein-

1) Dieser Standort sei an einem Beispiel erläutert. Bei einer Ausdrucksweise wie *er blieb tot* = „er starb“ ist nicht wichtig, daß es sich grammatisch um eine Inchoativ-Bildung, sprachgeschichtlich um nd. Nachklänge, sprachgeographisch um das estländische Gebiet handelt, sondern hier ist bedeutsam, daß das baltische Handwerker-tum diese Redewendung konserviert hat. (A. Westrén-Doll, Sitz.Ber. Gel. Estn. Ges. 1912/20. Dorpat 1921. S. 179).